

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Ein Vierteljahrhundert christliches Gewerkschaftsprogramm

Zur Erinnerung an den Mainzer Gewerkschaftskongreß

1899—1924

Nicht nur unser Verband, auch die Gesamtbewegung feiert in diesem Jahre ein bedeutungsvolles Jubiläum. Pfingsten 1899 fand in Mainz der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften statt. Er gab der in vielfachen Ansätzen vorhandenen jungen Bewegung das bis dahin fehlende einheitliche Programm.

Aus den Gedankengängen der christlich-sozialen Bewegung heraus war im Jahre 1894 die erste christliche Gewerkschaft, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter entstanden. 1896 bildete sich in München der Verein Arbeiterchutz, in Regensburg der Bayerische Eisenbahner-Verband, im Siegerland ein Verband der Berg- und Hüttenarbeiter. 1897 schufen sich die christlichen Textilarbeiter Europas eine gewerkschaftliche Organisation, ihnen folgten die Textilarbeiter Bayerns und die von Nachen-Burtscheid. 1898 entstanden der Düremer Lokalverband christlicher Textilarbeiter, die Vereine Arbeiterchutz in Berlin und Köln, die Verbände christlicher Textilarbeiter in Krefeld und Münden-Blabach, der Verband christlicher Maurer in Köln. Daneben schufen sich die Ziegler in Lippe ihren Gewerbeverein. Im Jahre 1898 kam dann von Nachen her die Anregung zu einem Delegiertentag der christlich-sozialen Verbände und Gewerkschaften Deutschlands. Die hierbei gemachten Vorschläge über die Tagesordnung des Delegiertentages zeigten, wie wenig klar den Anregern das gewerkschaftliche Bild vor Augen stand. August Bruß wollte die Ausführung des Planes des Delegiertentages zu verhindern. Er sah in Nachen Kräfte wirksam, die dem Gedanken einer selbständigen und unabhängigen christlichen Gewerkschaftsbewegung fernstanden. Bruß wollte Klarheit. Er wünschte einen Delegiertentag nur für die bestehenden christlichen Gewerkschaften, ohne die konfessionellen Arbeitervereine, ohne die Mitwirkung von mehr oder weniger anerkannten Sozialpolitikern; er wollte, daß die Gewerkschaftsfrage die Sache der Arbeiterschaft selbst sei. Auch schien ihm die vorgeschlagene Behandlung der verschiedenen Fragen verfrüht. Zunächst wollte er

Klarheit über die Grundfragen

haben. Wie sollen die christlichen Gewerkschaften beschaffen sein? Die Lösung der Organisationsfrage schien ihm die dringlichste Angelegenheit. Bruß holte eine Anzahl der in den schon gegründeten Verbänden führenden Leute zusammen, die dann beschloßen, daß die Zeit eines Delegiertentages noch nicht gekommen sei. In Nachen nahm man Bruß diese Selbständigkeit sehr krumm; insbesondere tat das Herr Sumler, der Verleger des „Nachener Volksfreund“, der befürchtete, daß er in der Bewegung nicht zu Einfluß gelange. Nach vorbereitenden Beratungen je eines nord- und süddeutschen Komitees kam es Pfingsten 1899 zum ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften, zu dem Bruß alle Schwierigkeiten, die seinem Willen entgegenstanden, beseitigt hatte.

Der Mainzer Kongreß hatte kein anderes Ziel, als die Grundzüge festzustellen, die für den Aufbau und die Errichtung von christlichen Gewerkschaften maßgeblich sein sollten. Ein Antrag Giesberts-Bruß fand einstimmige Annahme. Dieser Antrag gilt seitdem als das Mainzer Programm, das in all den Jahren des Bestehens der christlichen Gewerkschaften — bis auf den heutigen Tag — Geltung hatte.

Das Mainzer Programm

bejagt: „Die auf dem ersten christlichen Gewerbevereinskongreß in Mainz vertretenen christlichen Gewerbe-

eine erkennen folgende Leitfäden als grundlegend für die Organisation und Tätigkeit der bestehenden und noch zu gründenden Gewerbevereine auf christlicher Grundlage an.

1. Die Gewerbevereine sind interkonfessionell und politisch unparteiisch.
2. Es ist die Vereinigung gleichartiger Gewerbevereine in Zentralverbänden behufs besserer Durchführung der vorgesteckten Ziele zu erstreben.
3. Die Aufgabe der christlichen Gewerbevereine besteht in der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes. Dieselbe ist zu erstreben durch

- a) Durchführung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Förderung des weiteren Ausbaues der Arbeitergesetzgebung;
 - b) durch genossenschaftliche Selbsthilfe (Ergänzung der Arbeiterversicherung durch Unterstützungskassen usw.);
 - c) Sicherung der Rechte und Freiheit des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrages.
4. Die gesamte Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften ist getragen von der Anerkennung gleicher beiderseitiger Rechte und Pflichten von Arbeitern und Arbeitgebern. Arbeit und Kapital sind die aufeinander angewiesenen Faktoren der Produktion.“

Es ruft uns heute das Programm primitiv und unvollkommen, vielleicht sogar naiv an. Für die damalige Zeit bedeutete es sehr viel. Wichtig in seinen Grundzügen, hat sich das Mainzer Programm bewährt. Es trug wesentlich dazu bei, daß noch im gleichen Jahr eine Anzahl Zentralverbände (die der Holzarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter) begründet wurden und eine Zerspaltung der sich allenthalben regenden Kräfte unterblieb.

Von Mainz aus begann eine rührige Werksarbeit, und am Ende des Jahres 1899 konnten bereits 56 391 Mitglieder in 176 Ortsgruppen gezählt werden. Mit himmelanstreumendem Idealismus gingen die Getreuen von damals vor, und nichts ist geeigneter, die Liebe zur Bewegung stärker zu entfachen, wie die Erinnerung der Alten, die unbelastet durch Erfahrungen, ausgerüstet jedoch mit dem stärksten Opferwillen, den christlichen Gewerkschaftsgedanken weitertrugen.

Enttäuschungen, Mißerfolge, Befehdungen, Verleumdungen, die schärfsten Bekämpfungen, Klagen der jungen Bewegung nicht erspart. Was in Mainz nicht geklärt wurde und nicht geklärt werden konnte, mußte in den Folgejahren ausgetragen werden. Neutralitätsstreit, Zollstreit und noch manch andere Konflikte stellten sich ein. Nach außen galt es,

einen ständigen Kampf zu führen

gegen die maßregelnden Arbeitgeber, gegen die terrorisierenden Sozialisten, gegen eine bornierte Bürokratie, für die Unabhängigkeit von kirchlichen Instanzen. Wegen Sozialistengesetz und Unternehmerwillkür auch der Ziellosigkeit der sogenannten „freien“ Gewerkschaften entgegen gewesen sein, so viel und so herznährige Gegner wie die christlichen Gewerkschaften haben sie nicht gehabt.

Durch! Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Sie sind alle überwunden worden. Sind auch die zeitigen Verhältnisse der Gewerkschaftsarbeit nicht sonderlich günstig, haben auch die christlichen Gewerkschaften und ihre Mitglieder an der gemeinsamen Not des Volkes ihr Teil mitgetragen, die 25 Jahre christlicher Gewerkschaftstätigkeit sind nicht erfolglos gewesen.

Wir haben heute eine christliche Arbeiterschaft mit geistiger Regsamkeit, mit solidem Willen und Können.

Ein umfangreiches Schrifttum unserer Bewegung liegt vor, kein Verband ist ohne seine eigene Zeitung. Hat auch die Inflationsperiode hemmend gewirkt und in mancherlei Beziehung einen Rückschritt gebracht — das wird wieder nachgeholt werden. Die Erfahrung ist uns geblieben. Auch ohnedem stehen wir gegenüber dem Nichts von Mainz nicht ungerüstet da.

Der organisatorische Fortschritt der christlichen Gewerkschaftsbewegung war auch der Fortschritt auf dem Gebiet des Arbeiterrechts. Wo waren 1899 Tarifverträge, wo Arbeiterauschüsse, wo war im öffentlichen Leben der soziale Einschlag, die Gleichberechtigung der Arbeiter zu verspüren? Auch ohne die „Errungenschaften der Revolution“ in Betracht zu ziehen, hat

die Bewegung Großes erreicht.

Es war die unbedingte Verteidigung des Tarifgebaltens, und damit der Gewerksolidarität und der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Sie hat unantwärtig und nicht erfolglos für die Arbeitervertretung in den Betrieben, für ein freies Koalitionsrecht gekämpft — nicht erfolglos. Ihrer Tätigkeit folgte die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterseite im öffentlichen Leben. Wo waren 1899 die Arbeitervertreter in den Parlamenten des Reiches, der Staaten, der Gemeinden? Sah man von sozialistischen Agitatoren ab, die im Reichstag saßen, so waren ja fast nirgends Angehörige des Arbeiterstandes zu finden. Langsam, aber mit zielbewusster Hartnäckigkeit, hat die Bewegung auf allen Gebieten gewirkt.

Uebersieht man rückblickend das Geleistete und Erreichte, so bleibt in unserer Zeit ein Zweifaches doch zu wünschen übrig:

Das erste ist die Tatsache, daß die Massen der deutschen Arbeiter, als Folge des Krieges und der Kriegsauswirkungen, unter schier unermesslichen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Nach all den Fortkriegserfolgen der Gewerkschaften ist ein böser Rückschlag gekommen, der freilich noch schlimmer gewesen wäre, ohne die Wachsamkeit der Gewerkschaften. Dieser Rückschlag lehrt besser als alles andere, daß eine wesentliche

Vorbedingung des Gewerkschaftserfolges

ein gesundes Wirtschaftsleben ist. Sollen daher die Gewerkschaften ihre Aufgabe recht erfüllen, so zwingt sie die nüchternen Ueberlegung, Organ der Volkswirtschaft zu sein und für eine gesunde Wirtschaft einzustehen. Gleichzeitig aber gibt der zeitige Zustand Anlaß festzustellen das, was die christlichen Gewerkschaften immer betont haben: Das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft ist unlösbar verknüpft mit dem Schicksal des deutschen Volkes und seines Staates. So die Dinge betrachtet, hat besonders in der gegenwärtigen Zeit unsere Bewegung Aufgaben zu erfüllen, die sehr weit über die äußerliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinausgehen. Ohnedem läßt sich jede Arbeiterbewegung fest, scheitert sie an den Staatsschulden, die um unser Volk gezogen sind.

Der zweite Wunsch, der zu gelten hat, ist, daß bald die Zeit kommen möge, wo der Einfluß derer in der Arbeiterschaft wieder ausgegallert wird, die unbeeinflusst durch Erfahrung, unbeeinflusst

durch stilles Hartes Wollen

ohne solches Können, unter der Arbeiterschaft ihr Amtwesen treiben. Solange die deutsche Arbeiterschaft sich nicht befreit vom Einfluß der kommunistischen Wirtwöpfe, solange das Wort der radikalen Phrasendrescher noch mehr gilt als das der pflichtgetreuen und ver-

antwortungsbehafteter Gewerkschaftsführer wird leider Gottes der gewerkschaftliche Erfolg nicht so sein, wie man ihn wünschen muß.

Wie aber auch immer die Zeiten und die Menschen sind: solange es Lohnempfänger gibt, die über kein anderes wirtschaftlich erreichbares Kapital verfügen, als ihre geistigen Fähigkeiten, die Geschicklichkeit ihrer Hände und ihrer körperlichen Kräfte, solange sind nicht nur die Gewerkschaften, sondern Gewerkschaften mit dem Geiste unserer Bewegung eine Notwendigkeit.

Gesundungskrise?

„Der Preisabbau muß kommen!“

Die Lage unserer Wirtschaft ist zurzeit gespannt bis zum Platzen. Die Ursache liegt in der riesigen Geldnot, die zu geradezu phantastischen Zinssätzen für Verleiher geführt hat.

„Wenn es gelungen ist, die Stabilität der Rentenmarkt immer wieder herbeizuführen, so ist das lediglich auf die getroffenen drastischen Maßnahmen zurückzuführen.“

Die Psychologie des Festhaltens an den Sachwerten ist aus dem deutschen Volke noch lange nicht verschwunden. Ich glaube, daß das Festhalten an den Warenbeständen, das Zahlen unjünger Zinssätze für ein spekulatives Weiterarbeiten, das diese Psychologie verschwinden muß.

Kreditlinie sich weiter zupficht und Organe getroffen werden, die nicht zahlungsunfähig werden dürfen.

Nun hätten wir innerhalb der uns gesetzten Grenzen gewisse Erleichterungen eintreten lassen können. Wir sind seit langem dabei, den durch das willkürliche Abschneiden des Kredits am 7. April Schweregeschädigten entgegenzukommen.

Der andere Vorschlag, den Einheitskurs des Dollars in Berlin nicht so stark festzuhalten, d. h. also ihn herunterzuziehen, ist gleichfalls unausführbar.

Mit dem Wort „Auslandskredit“ wird in manchen Kreisen ein sehr großer Unfug getrieben. Es ist eine sehr große Bereitschaft vorhanden, uns Auslandskredite zu geben, aber die Zahl der soliden Geschäftleute, die Auslandskredite nehmen können, ist sehr gering.

Im Auslande ist trotz eines gewissen Unbehagens über unsere Krise doch das Vertrauen auf die deutsche Wirtschaft noch erfreulich hoch. Um die Inflation zu vermeiden, gibt es keinen anderen Weg, als den Geldumlauf niedrig zu halten.

Wir haben in den letzten Monaten von Händlern und Produzenten bis zum Ueberdruß hören müssen, daß sie nicht billiger verkaufen könnten, als gefordert, und daß sie bei den bisherigen Preisen eigentlich schon zusetzen.

Im übrigen läßt sich nicht verkennen, daß durch die riesige Kreditnot und hohen Zinsen auch wirtschaftlich gesunde Unternehmungen schwer ins Gedränge kommen.

Pfingsten

Wieder ist das Fest der Pfingsten, Wieder naht der Liebe Geist, Der dem Verirrten, dem Verirrten, Allen tröstend sich erweist.

Blumen blühen aller Orten, Und den hohen Blumen gleich Kündet mit der Liebe Worten Er das neue Stammesreich.

Lacht und Maik und Strauße pflüden Nach der Väter schönem Brauch! Lacht und Hohn und Ehren schmücken, Aber unsere Herzen auch!

Dem der Geist der Liebe lehrte Nur in reue Herzen ein, Da nur wellet er und lehrte, Gottes Kinder hier zu sein.

Soffmann von Gallersleben

Die wichtigsten Baustile.

II 7

Der romanische Stil

Der römische Bau des alten römischen Weltreiches war zusammengestrichen. Das Erbe traten Christentum und Germanentum an. Besonders waren es die hochentwickelten antiken Kunstzüge, die von den jungen und kräftigen Völkern der Weltgeschichte übernommen wurden.

der Gerichtshalle, entwickelt. Es haftet ihm für das deutsche Empfinden noch etwas Fremdes an; das ist aber nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, welche Fülle neuer Geistesgüter unsere Vorfahren in kurzer Zeit aufnehmen und verarbeiten mußten.

Der romanische Stil war bei uns etwa in der Periode vom Jahre 1000 bis 1250 vorherrschend. Natürlich kam er ganz in erster Linie für Kirchen in Frage, nur vereinzelt auch für Burgen und Schlösser, wie etwa Dankwarderode oder das alte Kaiserhaus in Goslar mit seiner ergreifenden Schwere.

Für den Kirchenbau galt als Grundriß die Kreuzform in ost-westlicher Richtung, so daß der Altar nach dem heiligen Lande blickte, wo das Heil der Welt erschienen war. Die Kreuzung von Lang- und Querschiff wurde durch eine Kuppel überwölbt.

Etwas ganz Neues und Deutsches hat unser romanischer Stil durch die Erfindung des organisch eingegliederten, mit dem Gesamtbau verwachsenen Turmes. In Italien findet man ihn, wenn überhaupt, als Glockenturm oberhalb der eigentlichen Kirche.

Der Gewerkschaftsbeamte

„Der Gewerkschaftsbeamte“ finden wir eine Plauderei über den Gewerkschaftsbeamten, die nicht aus grauer Theorie, sondern aus der täglichen Praxis heraus geschrieben wurde.

„Ist der Gewerkschaftsbeamte gut angezogen und sauber in der Kleidung, heißt es oft, daß er doch ein sehr großes Einkommen haben muß, hat er aber einmal einen nicht ganz reinen Krug, oder er trägt einen schon etwas abgetragenen Anzug, so heißt es, daß er doch etwas sauberer hergehen könne.“

Ein besonderes Kapitel zur Kritik bilden die Lohnbewegungen. Spricht der Gewerkschaftsbeamte einmal ein recht energisches Wort mit den Arbeitgebern, und es ergeben sich daraus einmal Schwierigkeiten, so heißt es, daß der Beamte viel zu radikal sei.

Wir haben in den letzten Monaten von Händlern und Produzenten bis zum Ueberdruß hören müssen, daß sie nicht billiger verkaufen könnten, als gefordert, und daß sie bei den bisherigen Preisen eigentlich schon zusetzen.

Nur und gut, es ist schon so: Der Gewerkschaftsbeamte gehört zu denjenigen, die es nur sehr wenig recht machen können. Der Beamte ist auch der Mann, der für viele Kollegen dazu da ist, daß man an ihm sein Mühen kühlen und ihm alle Mißerfolge in die Tasche schieben kann.

Als äußeres Merkmal des romanischen Stiles gilt der Halbkreis über Fenstern und sonst als Abschluss und Zierat.

Bei den größeren Kirchen zieht sich unter dem Dache ein schmaler Gang hin, der durch kleine Säulen gebildet wird, die durch Rundbogen verbunden sind.

Die Hauptlast des romanischen Baues tragen die dicken Mauern. Dabei ist der Gesamteindruck meist etwas düster, aber überaus ernst und würdig.

Unter schönster romanischer Dom in herrlichster Stilreinheit ist sicher der in der alten Kaiserstadt Speyer, wenn er auch renoviert ist. Hier umgibt den Beschauer die ganze Strenge und Würde des alten, noch um die Anerkennung und Festigkeit seiner Dogmen kämpfenden Kirchenglaubens.

Der kann sich manchen Wunsch gewähren, Der satt sich selbst und seinem Willen lebt. Allein wer Andre wohl zu leiten strebt, Muß fähig sein, viel zu entbehren.

Kritikern ist leicht, aber besser machen ist schwer. Ein wahlloses und unüberlegtes Kritizieren der Tätigkeit der Kollegen, die für die Organisation angestellt sind, hebt auch letzten Endes nicht die Arbeitsfreudigkeit. Gewiß muß der Angestellte einer Gewerkschaft Kritik vertragen können, aber diese Kritik darf nicht grundsätzlich ausgeübt werden, sondern nur um den Interessen der Organisation und der Kollegenschaft zu dienen.

Siezu möchten wir bemerken, daß der angestellte Kollege, der seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, sich gegenüber den meisten launelüftigen Vorwürfen eine recht dicke Haut angeeignet hat. Er kann schon in punkto Kritik etwas vertragen, weiß er doch, daß letzten Endes die einsichtigen Mitglieder ehrlicher Arbeit auch die Anerkennung nicht vertragen.

Ein Brief aus Amerika

Der frühere Angestellte unseres Verbandes in Bonn, Kollege Josef Seelbach, ist im Mai vorigen Jahres nach Amerika ausgewandert. Er arbeitet in New York als Maurer. Ueber die dortigen Verhältnisse schrieb er einen Brief an den Kollegen Wiedeberg, der sicher auch das Interesse unserer Leser finden wird. Wir geben ihn daher nachstehend wieder:

New York, den 10. Mai 1924.

Lieber Kollege Wiedeberg!

Endlich komme ich dazu, Deinen letzten Brief zu beantworten. Du wünschst, daß ich Dir etwas über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der amerikanischen Bauarbeiter berichte. Ich komme Deinem Wunsche gerne nach. Sehr betrübt hat mich Deine Mitteilung, daß die Löhne der Bauarbeiter in Deutschland immer noch sehr unzulänglich sind.

Hier in New York verdient der Maurer zurzeit 12 Dollar je Tag. Dieses ist der Mindestlohn. Es werden jetzt aber durchweg für Maurer 15 und 16 Dollar je Tag gezahlt; darunter arbeitet kein Maurer mehr. Die Konjunktur ist eine sehr gute und werden ungeheuer viel Maurer gesucht. In meiner erhaltenen 10 1/2 Dollar je Tag, Hilfsarbeiter 8 Dollar.

Nun wird es Dich interessieren, wie die Preisverhältnisse hier sind. Ich will Dir auch darüber einiges mitteilen:

Kartoffeln (Pfund)	3 Cent
Zucker	45 "
Eier (Duzend)	33 "
Schweinefleisch (Pfund)	20 "
Dachfleisch	28 "
Kaffee	35 "
Reis	8 "
Getreide	10 "
Mehl	5 "
Bohnen	12 "
Erbsen	12 "
Binsen	12 "
Speck	18 "
Margarine	9 "
Äpfel	9 "
Milch (Liter)	8 "
Zucker (Pfund)	8 "
Gemüse (Spinat, grüne Bohnen, Zwiebel u. dergl. (Pfund))	4 "
1 Arbeitsgang	2 1/2 Dollar
1 Paar Arbeitshufe	4 "
1 guter Sonntagsgang	20 "
Miete für 3 Räume mit Badezimmer einsch. Heizung und ständiger Wassererwärmung	30 Dollar je Monat
Miete für 5 Zimmer mit Substr.	50 "

(Die Gewichtseinheit ist das englische Pfund mit 454 Gramm. Ein Cent sind 4,2 Pf.)

Eine Familie mit 5 Köpfen, wie ich sie habe, kann mit 25 bis 30 Dollar die Woche gut auskommen. Nehmen wir nun den Mindestlohn des Maurers (12 Dollar), so ergibt das einen Wochenlohn von 66 Dollar. Also kann der Maurer sich hier einen Notgroßen beiseite legen. Eine soziale Arbeiterversicherung durch den Staat gibt es hier allerdings nicht, wohl aber wird von den Arbeiterorganisationen gefordert. Vielleicht interessieren Dich die Preise für einige der wichtigsten Baustoffe. Die Ziegelsteine (Hamburger Format) kosten 2 1/2 Cent je Stück, Zement (Portland) 72 Cent je Sack. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der Maurer (Dritteler) hier eine angesehenere Person ist.

Viele Grüße an Dich und alle Angestellten sowie Mitglieder des Verbandes!

geg. Jos. Seelbach.

Allgemeine Rundschau

Der Staat sind wir!

Das deutsche Volk der Vergangenheit hat sich nie positiv in den Gedanken vertieft: Was ist der Staat? Wo haben in ihm lediglich den Polizisten und Gerichtsvollzieher. Der Forderung staatlicher Schlichter geht nun fast immer zwischen zwei Punkten: entweder regieren im Staate ein Autokrat oder eine gewaltige Schicht, die nicht selten sich als Staat aufbaut und das Volk als Objekt.

Wir müssen den Staat als Pflicht aufpassen, als Gemeinschaft, der wir zu dienen haben.

Diese klare Erkenntnis stellt uns Aufgaben, die mit Worten nicht zu lösen sind. Die Schichtgemeinschaft, die der Staat sein muß, ist nur möglich durch die Autorität. Sie darf weder auf Despotismus noch auf Masseninstinkten beruhen; sie muß sittlich starke Persönlichkeiten zum Träger haben, die das Volk zum Subjekt der Politik machen, die aber, insbesondere in uralten Zeiten, sich nicht von jeder Tagesherumung hin- und herziehen lassen. Durch solche Autorität allein ist im Innern Ordnung und Einigkeit zu schaffen, und nur so wird der Staat nach außen respektiert und frei

Nur 7. Juni 1924 ist der dreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

und unabhängig in der Welt. Beides fehlt uns heute: Die innere Einigkeit und die äußere Freiheit. Und hier muß der nationale Ernterückgang einsehen, der darum erstere Befähigung sein muß. Die Autorität im Innern hat zur selbstverständlichen Voraussetzung, daß der Staat für sein reelles Leben auch die Mittel hat, die er gebraucht. Ein großer Denker des Mittelalters hat gesagt, die Notwendigkeit des Staates sei schon allein durch wirtschaftliche Momente bestimmt. Darum muß jeder auch aus dem Ertrag seiner Wirtschaft und dem Erfolg seiner Arbeit, die hoch der Staat schützt und erst möglich macht, dem Staate geben, was ihm gebührt. Wenn daher heute z. B. viele Millionen durch die Arbeitslosigkeit der Welt in ihrer materiellen Existenz notdürftig gesichert sind und auch seelisch ihr Gleichgewicht wiedererlangt haben, so müssen sie bedenken, die unter der Arbeitslosigkeit und während der Gefundungsperiode, die wir durchmachen müssen, zu leiden haben — das sind besonders die Arbeitslosen, Kinder, Greise usw. — in Form von Steuern an den Staat, auch wenn sie drückend sind, und in freier Bestätigung an den Hungernden ihre Pflicht tun. Wir stehen heute vor der Frage: soll der Staat die Welt stabil halten, und sollen wir die Opfer, die er für die unter der Stabilität vorübergehend in stärkerem Maße leidende Bevölkerung von allen wirtschaftlich halbwegs Leistungsfähigen fordert, bringen, oder wollen wir zu einer neuen Inflation zurückkehren und durch sie alle zugrunde gehen?

Hier muß die Schichtgemeinschaft des Staates, die wir passiv erleben, auch aktiv in der Tat zeigen: nicht die anderen sollen vorangehen (der Welt natürlich sehr viel härter als das meist spärliche Arbeitseinkommen), nicht nur die anderen sollen zahlen, nicht die anderen sollen sparen und den Notbedürftigen und Hungernden helfen, nein — der Staat!

Die beste Zeit für die Werbearbeit

wer im Baugewerbe noch freis das Frühjahr mit seiner Besserung der Arbeitsgelegenheit.

Verbandskollegen! Nach dem langen, harten Winter mit seiner nie gekannten riesigen Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Mitgliederverlust ist es doppelt notwendig, daß wir es diesmal reiflos ausnützen.

Greift wieder zu den altbewährten Mitteln der Kleinarbeit: Hausbesuche, Hausagitation, Konferenzen und Besprechungen.

Seid alle Pioniere für die Ausbreitung unseres Verbandes und damit der christlichen Gewerkschaftsbewegung!

Wir! Der Staat ist eine Gemeinschaft, die aus uns allen besteht, und der jeder von uns zu dienen hat; der Staat bin ich, ist jeder, wenn es gilt, ihm gegenüber Pflichten zu erfüllen. A. Stegerwald.

Die „Zellenbauer“ an der Arbeit

Die kommunistische Partei Deutschlands, Sektion der Moskauer kommunistischen Internationale, schied sich an, nach ihrem Wahlerfolg die Preise weiter zu ziehen. In der „Roten Fahne“ (1924, 45) wird zu diesem Zweck geschrieben:

„Der Ausfall der Reichstagswahlen muß für jeden Kommunisten jetzt die Frage aufwerfen: Wie sind die Millionen Stimmen, die für die Kommunisten gestimmt haben, organisatorisch zu erfassen? In erster Linie sind es die Betriebszellen, die sich jetzt energisch mit dieser Frage beschäftigen müssen. Eigentlich soll eine Betriebszelle zu jeder Zeit und Stunde keine Möglichkeit vorübergehen lassen, um mit denjenigen Arbeitern, die wohl gefühlsmäßig sich zur kommunistischen Partei neigen, aber noch nicht den Kontakt mit der Partei direkt haben, diesen Kontakt herzustellen. Es ist dabei nicht notwendig, daß jeder Arbeiter gleich aufgefordert wird, der Partei beizutreten. Gerade weil der Beitritt zur Partei sofort hohe Anforderungen an jedes Mitglied stellt, fühlen sich viele Arbeiter diesen Pflichten noch nicht gewachsen. Diese Arbeiter allmählich mit den Pflichten eines organisierten Kommunisten vertraut zu machen, ist eine Aufgabe der Betriebszellen, die zu lösen eine zähe und ausdauernde Arbeit erfordert. Es genügt ganz bestimmt nicht, daß man im Betrieb mit diesen Arbeitern spricht, sie allmählich von der Wichtigkeit der kommunistischen Taktik überzeugt, sondern die Zelle muß sich im Betrieb einen festen Ring von Sympathisierenden schaffen.“

Für die Arbeit in den kommunistischen Zellenbauern der einzelnen Betriebe werden dann genaue praktische Anweisungen gegeben. Wenn also demnach die Kommunisten auf den Arbeitsstellen mit einer eingehenden Propaganda beginnen, dann wissen diejenigen, die damit beauftragt werden sollen, daß es sich hierbei um einen auf dem Wege organisierter Mitglieder handelt, die die Welt mit Revolution, Diktatur des Proletariats und Gewaltanwendung auf ihre Art wieder „gesund“ machen wollen. Mit welchem Erfolg, zeigt die Land. Gebrannt sind schon das Feuer!

Los von der Inflationskalkulation!

Unter den Wirkungen der Inflation hatten die deutschen Produzenten und erst recht die Händler das Kalbfieren so gut wie ganz verloren. Daß auf diesem Gebiete auch heute noch vieles faul ist, beweist ein Artikel, der unter der vielgeliebten Überschrift „Die Verkünderung des Kapitals“ in der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 98, 1924) erschienen ist und dessen Kernsätze lauten:

„Wir sehen zwei Notwendigkeiten, um wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen: Beseitigung von der Inflationskalkulation und Verminderung der Gestehungskosten. Zum ersten Ziele führt die Einführung der echten Goldmarkkalkulation, streng geschieden nach Auslandsleistung und Inlandsleistung. Zur Verminderung der Gestehungskosten aber führt neben der technischen Betriebsverbesserung — auch im Kontorbetrieb — nur die Verlängerung der Arbeitszeit, wo die Verlängerung zur Verbilligung unumgänglich ist. In einer Zeit, wo die Beamten im Staatsinteresse darben, kann natürlich auch der Arbeiter nur sein Existenzminimum fordern. Ohne dessen Gewährung kann es keine Ordnung geben, aber zu seiner Erreichung muß mehr geleistet werden. In Deutschland wird heute an vielen Stellen nur deshalb gestreikt, weil auf der Arbeiterseite vielfach noch die Ehrlichkeit auf der anderen Seite in den Berechnungsmethoden angewendet wird. Dieses Mißtrauen muß beseitigt werden.“

„Natürlich“ ist es für uns keineswegs, daß der Arbeiter nur deshalb nicht mehr als das Existenzminimum bekommen dürfte, weil die Beamten auch nur dieses haben. Wenn es den Beamten in den letzten Jahren — was wir ihnen übrigens von Herzen gönnen — manchmal besser ging als den Arbeitern, so haben die privaten Unternehmer daraus keineswegs die Folgerung gezogen, daß sie nun auch ihre Arbeiter besser bezahlen müßten. Und daß der Staat all die Jahre her darbt, hat die Unternehmer auch nicht daran gehindert, teilweise recht fette Gewinne zu machen. Aber auf diese wie andere Schiefheiten soll hier nicht weiter eingegangen werden. Bemerkenswerter erscheint uns das Eingeständnis, daß die verächtliche Kalkulationsmoral der Inflationszeit auch heute noch stark nachwirkt. Die Tatsachen reden ja auch eine zu deutliche Sprache. Die Indexziffer für die Lebenshaltung zeigte in den letzten Wochen wieder ein langsames Ansteigen, jedenfalls ist die Abwärtsbewegung der Preise zum Stillstand gekommen. Schon die letztere Tatsache wäre schlimm genug, denn für einen weiteren Preisabfall sind die Voraussetzungen durchaus gegeben. Bekanntlich hieß es in der hier mehrfach erwähnten programmatischen Erklärung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände: „Nicht Lohnverflattung wollen wir, sondern eine Hebung der Kaufkraft der Massen durch Steigerung und Verbilligung der Produktion.“ Wir warten darauf, ihr Herren! Aber wir werden wohl noch ein Weilchen vergeblich warten. Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus die Notwendigkeit, den Kampf für die Verbesserung des Reallohnes energisch aufzunehmen.

Larifsbewegung

Bezirk Berlin

Provinz Brandenburg. Die Verhandlungen mit dem Provinzialarbeitgeberverband Brandenburgs am 22. April führten zu keiner Einigung. Es wurde von Arbeitnehmersseite folgende Forderung gestellt:

1. Die Kupferzulage soll in Zukunft 25 Prozent betragen.
2. Die Landzulage soll erhöht werden.
3. Lohnzahlung soll wieder freitags stattfinden.
4. Die Werkzeugzulage soll in Zukunft 5 Prozent betragen.
5. Der Lohn ist in allen Klassen um 20 Pf. pro Stunde zu erhöhen.

Es wurde nun am 27. Mai vom Schlichtergericht folgender Einigungsvorschlag gemacht:

„Die Stundenlöhne der Maurer und Zimmerer werden für die Zeit vom 19. Mai in den Lohnklassen wie folgt festgesetzt:

Klasse AI	0,74
A	0,65
B	0,60
C	0,55
D	0,50

Hinsichtlich der Lohnsätze in den übrigen Gruppen bleibt es bei der bisherigen prozentualen Staffelung. Das Lohnabkommen gilt bis Dienstag, den 1. Juli und ist mit achtstägiger Frist zum Wochenabschluß kündbar. Es verlängert sich, falls es nicht gekündigt wird, jeweils um 14 Tage. Die übrigen Anträge werden abgelehnt, weil sie dem noch geltenden Abkommen vom 10. April entgegenstehen.

Den Parteien wird dringend empfohlen, den Lohnzahlungstag auf Freitag zu verlegen. Erklärungsfrist gegenseitig bis Montag, den 2. Juni 1924.“

Jordan. Am 26. 6. sprach unser Bezirksleiter in einer öffentlichen Versammlung über die Lage im Baugewerbe des Bezirks Brandenburg. Er kritisierte scharf die Haltung des Provinzialarbeitgeberverbandes und betonte, daß es ihm nicht gelungen sei, seine Mitglieder im Lohngebiet Schwiebus, hauptsächlich Herrn Peterßen als Vorsitzenden des Provinzialarbeitgeberverbandes von Schwiebus, zu überzeugen, daß das Lohnabkommen vom 11. 4. auch für die dortige Gegend einzuhalten sei. Man müsse es sich überlegen, ob man mit einem Bezirksverbande, dessen Mitglieder keine Disziplin äßen, wieder einen Bezirksvertrag abschließen könne. Herr Peterßen glaubt, es sei jetzt die Zeit gekommen, wo er den Bauarbeitern nicht nur den Lohn, sondern auch die Arbeitszeit diktiert kann. Wenn Mitglieder einer an einem Vertrage beteiligten Organisation ein von derselben unterzeichnetes Lohnabkommen nicht halten, so ist dies ein grober Vertragsbruch. Mit solchen Dingen wird die Arbeitsfreudigkeit im Gewerbe nicht gehoben. Die Bauarbeiter im Lohngebiet Schwiebus werden zur gegebenen Zeit diesem Herrn zeigen, daß Verträge keine Papiere sind.

Kollege Bergmann teilte dann noch mit, daß die Verhandlungen im Bezirk am 22. 4. gescheitert sind, und am Dienstag, den 27. 5., das Schiedsgericht in Berlin zusammentritt.

Bezirk München

Nachdem eine am 23. Mai stattgefundene Einigungs-Verhandlung durch den Landeschlichter zu keinem Erfolg geführt hatte, unternahm es der Sozialminister selbst, am 28. Mai die Beilegung der Ausperrung zu versuchen.

Arbeitszeit:

- 1. Als Arbeitszeit wird in allen Orten und Gebieten grundsätzlich die 48 Stundenwoche ausschließlich der Frauen anerkannt.
2. Bei Wiederaufnahme der Arbeit ist in den einzelnen Orten und Gebieten, wo bereits länger gearbeitet worden ist, die Arbeitszeit maßgebend, die vor Beginn der Kampfmaßnahmen tatsächlich geleistet wurde.

U. Lohn:

Vom Tage der Arbeitsaufnahme an wird in den Städten München, Augsburg, Nürnberg-Fürth den Facharbeitern 5 Pf., den Hilfsarbeitern 2 Pf. zu den im Vorschlag des selbstvertretenden Landeschlichters vom 22. April unter Riffer 1 festgelegten Lohnsätzen gewährt.

Unterschriften.

Die Vereinbarung bringt hinsichtlich der Arbeitszeit das, was zu erreichen möglich war. Soweit einzeln drüßig eine längere Arbeitszeit in Kauf genommen werden muß, liegt in einigen Fällen die Ursache bei den Kollegen selbst in dem Sinne, daß sie dem ersten Drängen ihrer Arbeitgeber zu schnell nachgegeben haben.

Sozialpolitik

Arbeitslosenversicherung. Durch Verordnung vom 16. April 1924 sind mehrere Veränderungen vorgenommen worden, deren wichtigste wir heute mitteilen:

Table with 2 columns: Gehaltsklassen and Monatsbeitrag (\$ 173). Rows A-E with corresponding monthly contributions.

Kuhegeld (§ 55): Das jährliche Kuhegeld besteht aus Grundbetrag und Steigerungsbetrag. Der Grundbetrag ist für alle Gehaltsklassen 300 Goldmark.

Bei Wanderberufstätigen tritt zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung als Ergänzung der Steigerungsbetrag der Invalidenversicherung für arbeitsfähige Beitragsjahre dieser Versicherung.

Mit der Kuhegeldempfänger Kinder unter 18 Jahren, so erhöht sich für jedes von ihnen das Kuhegeld um jährlich 36 Goldmark.

Die Witwenrente und Witwenrente betragen sechs Zehntel, Waisenrente für jede Waise fünf Zehntel des Kuhegeldes.

Für die Zeit vor dem 1. Januar 1924 werden Steigerungsbeträge nicht angerechnet.

Beiträge und Leistungen der Invalidenversicherung. Der Reichsarbeitsminister hat in einer Verordnung vom 16. April d. J. festgelegt, daß die Beiträge zur Invalidenversicherung wie folgt erhoben werden:

Table with 3 columns: Klasse, bis zu 10 R., and 20 Pf. Rows 1-5 with corresponding contribution amounts.

Die Leistungen der Invalidenversicherung bestehen aus dem Kuhegeld in Frage kommt, aus einem Grundbetrag von 120 M. und einem Reichszuschuß von 36 M. jährlich.

Witwenrenten ein Reichszuschuß von 36 M. bei Waisenrenten von 24 M. pro Jahr. Bei Renten, die erst nach dem 1. Januar 1924 beantragt werden, erhöht sich das Kuhegeld um einen Steigerungsbetrag in Höhe von zehn Prozent der nach dem 1. 1. 1924 geleisteten Beitragssumme.

Die Zahlung der Renten und Zulagen in der Unfallversicherung erfolgt nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 21. März 1924 wieder monatlich im Voraus.

Die Zulagen werden nur an Unfallrentner gezahlt, die 20 v. H. und mehr erwerbsunfähig sind. Nach der Neuordnung gelten ab 1. April für die Berechnung der Zulagen folgende Jahresarbeitsverdienste:

- 1. Bei Berechnung der Verletztenrente eines Verletzten, der als solcher eine oder mehrere Renten bezieht, deren Hundertsätze zusammen 50 v. H. nicht erreichen: für einen landwirtschaftlichen Arbeiter 324 Millionen, für eine landwirtschaftliche Arbeiterin 172,8 Millionen, für einen gewerblichen Arbeiter oder Arbeiterin 450 Millionen.

- 2. Bei Berechnung der Verletztenrente eines Verletzten, dessen Rente zusammen 50 v. H. und mehr beträgt: für einen landwirtschaftlichen Arbeiter 840 Millionen, für eine landwirtschaftliche Arbeiterin 504 Millionen, für einen gewerblichen Arbeiter oder Arbeiterin 1152 Millionen.

Alle Unfallrentenempfänger, deren Renten weniger als 20 v. H. betragen, erhalten ab 1. April vierteljährlich mindestens 1 Billion Mark. Es hört somit der Zustand auf, daß den Rentenempfängern mit 5, 10 und 15 v. H. Erwerbsunfähigkeit der lächerliche Betrag von einer Milliarde gleich ein Zehntel Goldpfennig ausgezahlt wurde.

Aber auch die Mindestleistung von einer Goldmark vierteljährlich steht in keinem Verhältnis zu den Verwaltungskosten.

Veränderungen der Schlichterbezirke. In Uebereinstimmung mit der Abgrenzung der Schlichtungsbereiche sind 1. die bisher dem Schlichterbezirk Rheinland angehörenden Kreise Kreuznach und Neierenheim dem Schlichterbezirk Hessen-Nassau, 2. die im Kreis St. Vöhringen gelegenen Orte Oberlahnstein, Niederlahnstein, Braubach, Friedrichsjege, Nibern und Sachbach sowie der Unterweidenerwaldkreis, die bisher dem Schlichterbezirk Hessen-Nassau angegliedert waren, dem Schlichterbezirk Rheinland, 3. der Kreis Hoyersterda und der westlich der Landstraße Frießau-Sorau liegende Teil des Kreises Sagan, mit Ausnahme der Stadt Frießau, die bisher dem Schlichterbezirk Niedererschlesien angegliedert waren, dem Schlichterbezirk Braubach, 4. der bisher zum Schlichterbezirk Brandenburg gehörende Kreis Freyburg dem Schlichterbezirk Niederschlesien zugeteilt worden.

Kostenvorschuße bei Gewerbegegerichten. Der Reichsarbeitsminister hat auf Anregung des DGB. folgenden Rundschreiben an die Regierungen und Sozialministerien der Länder gerichtet: „Wie mir aus einer Eingabe bekannt geworden ist, gehen einzelne Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte in der letzten Zeit dazu über, bei der Klageerhebung vom Kläger einen Kostenvorschuß zu fordern. Dieses Verfahren ist nach meiner Erfahrung unzulässig.“

Wir begrüßen es, daß der Reichsarbeitsminister dem Antrag der Erhebung von Kostenvorschüssen ein Ende bereitet. Das Arbeitsgericht muß jedem offenstehen, ob er zahlen kann oder nicht.

Verlängerung der Höchstdauer in der Erwerbslosenfürsorge. Dem Reichsarbeitsminister ist vom Deutschen Gewerkschaftsbund eine Eingabe mit Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Erwerbslosenfürsorge zugegangen. In der Begründung heißt es u. a.: Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge sieht eine Höchstdauer von 26 Wochen vor. Danach ist für die große Zahl der Erwerbslosen die Bezugsberechtigung um 1. Mai d. J. abgelaufen. Soweit die Grenze noch nicht erreicht ist, wird dies bald der Fall sein, da die Masse der Erwerbslosen seit langem arbeitslos ist.

Bau-Rundschau

Wie die Wohnungsnot steigt!

In Berlin waren, wie die „Bodenreform“ berichtet, in den Wohnungsämtern eingetragen:

Table with 2 columns: Date and Number of housing seekers. Rows for Jan 1922, Jan 1923, and Jan 1924.

Dem standen als vermietbar anzusprechende Wohnungen 34 000 gegenüber; 1923 gingen durch Verfall und Brandschaden 402 Wohnungen verloren. Die Bautätigkeit der Wohnungsämter schuf 1212 Wohnungen mit 3136 Räumen.

Was ist auf dem Gebiete der Siedlung geschehen?

Im Siedlungsausschuß des preussischen Landtages legte Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf eine Uebersicht über das Siedlungsergebnis für die Kalenderjahre 1919 bis 1923 vor.

Die Zahlen für Anlieger-Siedlungen lauten wie folgt: im Jahre

Table with 3 columns: Year, Number of houses, and Area in hectares. Rows for 1919-1923 and a total.

insgesamt also 92 850 bei 97 594 ha Fläche. Die neuen Siedlungen betragen im Jahre:

Table with 3 columns: Year, Number of houses, and Area in hectares. Rows for 1919-1923 and a total.

insgesamt also 10 083 auf 96 524 ha Fläche

Das sind Ergebnisse, die kaum einen Bruchteil dessen ausmachen, was im kaiserlichen Deutschland auf diesem Gebiete geschah. Dort konnte man in den letzten Jahren wenigstens rechnen, daß in jeder Woche ein deutsches Dorf neu entstand.

Don den Arbeitsstellen

Gerichtliches Nachspiel zum Baunfall im Verlagshaus Bloße (Berlin). In dem Prozeß wegen des Deckeneinsturzes im Stockwerksaufbau des „Berliner Tageblatts“, bei dem 13 Menschen getötet und 11 schwer verletzt wurden, ist am 10. Mai das Urteil gefällt worden.

Der Fall beweist wieder, daß für Baunfälle in erster Linie der Polier verantwortlich gemacht wird. Daher größte Vorsicht bei allen sachlichen Einrichtungen!

Bücherschau

Zwei wichtige Schriften über das Schicksal Deutschlands: „Die Sachverständigen-Urachten“. Die Berichte von Dawes und McKenna nebst allen Anlagen. Preis Mk. 3,-.

„Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“. Im Auftrage der Reichsregierung den von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüssen übergeben. Preis Mk. 2,50.

Bestellt sofort, bevor die Auflage vergriffen ist! Christlicher Gewerkschaftsverlag, Abtlg. Sortiment, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-allee 25. Postfachkonto Berlin 117962.

Sterbetafel

Folgende Verbandsmitglieder sind gestorben:

Table with 2 columns: Name and Administration/Location. Rows for Johann Ruz and Josef Schlöter.

Sie mögen ruhen in Frieden!

Rautabaf billig! Nur an Bahnhöfen.

Kannewacker, Grimm und Triepel, Doms, Gramer, Bäumer, mittel, dicke Rollen und Sulfenform; per Stück 12 Pf., Gramer 15 Pf., bei einem Mindestquantum von 250 Stck. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zuzüglich Nachnahmeporto.